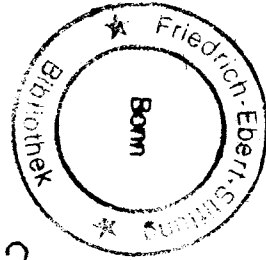




BAYERNS ZUKUNFT

Landeswahlprogramm
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Landesverband Bayern

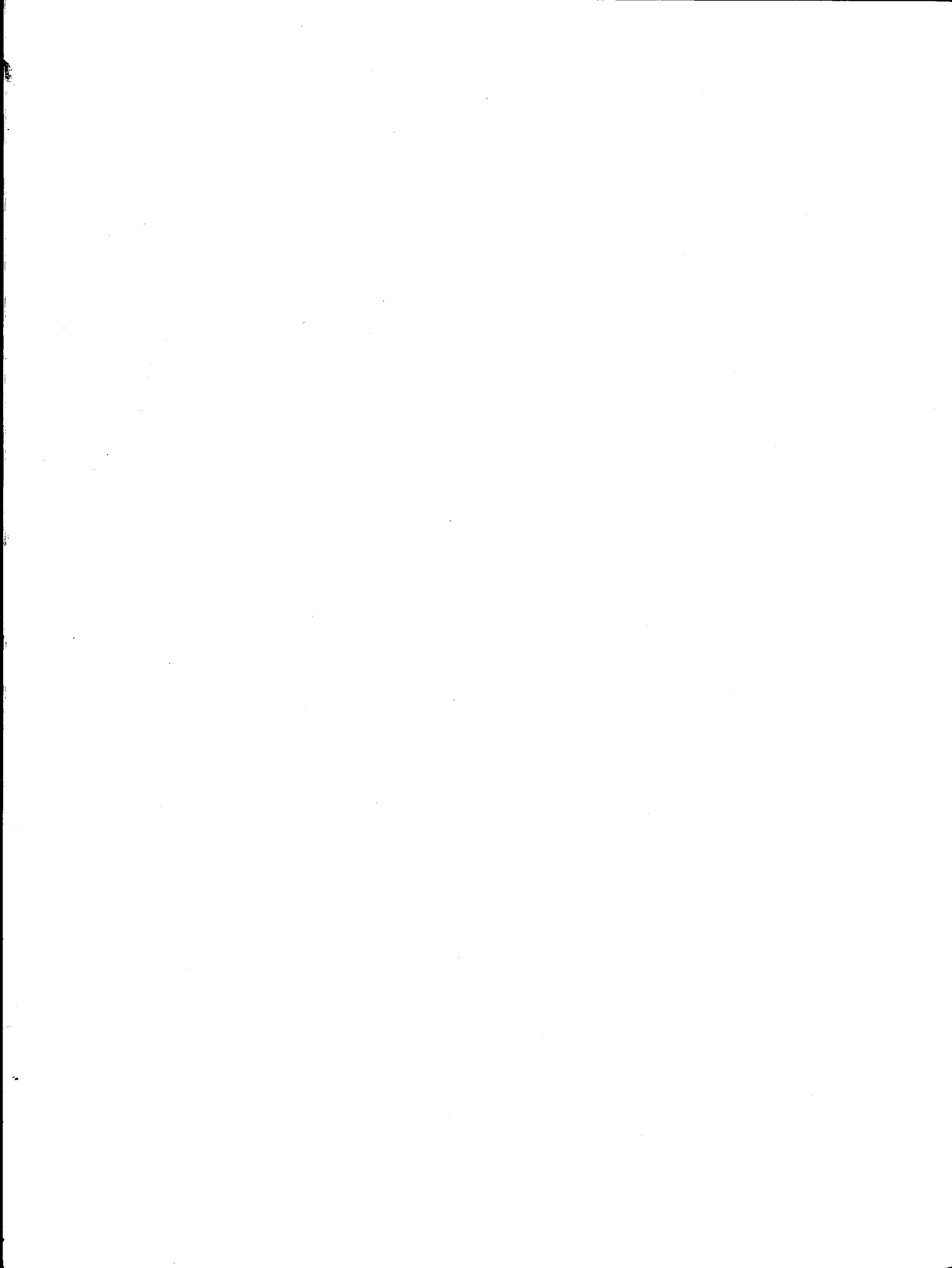
C93-452



C93-452

Zehn Aufgaben bayerischer Politik

1. Raumordnung und Landesentwicklung. Einteilung Bayerns in ausgeglichene Entwicklungsregionen. Erstellung von regionalen Entwicklungsplänen durch kommunale Planungsgemeinschaften und eines zukunftsorientierten Landesentwicklungsprogramms. Ein neues Landesplanungsgesetz.
2. Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben durch eine Neuordnung der Finanzverfassung und die finanzielle Stärkung der Gemeinden.
3. Weitschauende Wirtschafts- und Strukturpolitik unter voller Berücksichtigung des europäischen Marktes. Mehrjährige Investitions- und Finanzierungspläne, die realistisch auf die Möglichkeiten Bayerns eingestellt sind.
4. Mehrjahresprogramm für strukturelle Maßnahmen in der Landwirtschaft in Verbindung mit der Landesentwicklung; Beschleunigung der Flurbereinigung; Reform der Landschulen, verbessertes Beratungswesen; Ausbau der Sozial- und Altersversorgung.
5. Mehr Gerechtigkeit in der Sozialpolitik, bessere Altershilfe. Fortführung des sozialen Wohnungsbaues; Krankenhausbau, Gesundheitsvorsorge.
6. Verbesserung des Landessport- und Landesjugendplanes; mehr Sportlehrer; Ausbau des Breitensports und des Schulsports.
7. Verwirklichung des sozialdemokratischen Bildungsprogramms; Mobilisierung aller Bildungsreserven in unserem Volke; gleiche Bildungschancen für die Kinder aller Bevölkerungsschichten, besonders auf dem Lande; energische Weiterführung der großen Schulreform; Bildungsaufklärung; Koordinierung der Bildungspolitik der Länder und enge Zusammenarbeit mit dem Bund, besonders bei der Förderung wissenschaftlicher Forschung.
8. Reform der Parlamentsarbeit und der Methoden des Regierens. Demokratisierung und Vereinfachung der Verwaltung. Verbesserung der politischen Bildung.
9. Ein moderner Föderalismus, der auf die Verpflichtung zur gemeinsamen Leistung angelegt ist und die Eigenständigkeit nicht aufhebt; Weiterentwicklung unserer föderativen Ordnung durch den harmonischen Dreiklang von Bund, Ländern und Gemeinden.
10. Gegen selbstgefällige Trägheit und rückständiges Zögern für eine zielbewußte, offene Politik.



Bayerns Zukunft SPD

Es geht um Bayern. Sechseinhalb Millionen Wähler sind aufgerufen, am 20. November 1966 über Bayerns Weg in die Zukunft zu entscheiden.

Bayern, das an Fläche größte deutsche Land, ist heute die Heimat von über 10 Millionen Menschen. Bayern, Franken und Schwaben sind in einem langen geschichtlichen Prozeß zu einer staatlichen Einheit zusammengeschnitten. Eineinhalb Millionen Vertriebene aus dem Osten und dem Sudetenland haben sich hier ein neues Leben aufgebaut. Sie sind in die Gemeinschaft des bayerischen Volkes hineingewachsen, sie haben das neue Bayern mitgeprägt. Undenkbar wäre dieser Aufbau ohne die Arbeitsleistung unserer Frauen, sei es in der Familie oder im Berufsleben.

Bayern ist ein Land mit entwickeltem Staatsgefühl und lebendigem Traditionsbewußtsein. Seine Geschichte, die wechselvolle Schönheit seiner Landschaft, seine reiche Kultur, vor allem aber seine Entwicklungsmöglichkeiten als moderner Agrar- und Industriestaat machen es zu einem Land der Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland. Geographisch liegt Bayern in der Mitte des großen Europa, politisch ist es Grenzland des demokratischen Westens. Mit 400 km Todesstreifen im gespaltenen Deutschland, mit 350 km Sperrgürtel zur CSSR spürt es die Wirklichkeit der kommunistischen Welt. Aber die Geschichte bleibt nicht stehen. Was heute Grenzland ist, kann morgen Brücke sein. Darum ist gerade Bayern auf besondere Weise in den Umbruch dieser Zeit hineingestellt.

Eine neue Ordnung der Gesellschaft setzt sich durch. Die industrielle Revolution verändert auch Bayern. Die industriellen Ballungsräume wachsen, das Land wandelt sein Gesicht. Der Pendler ist zum Symbol dieser Entwicklung geworden. In dieser Zeit der Umschichtung und Veränderung, der Überwindung alter Formen und der Öffnung neuer Möglichkeiten bleibt kein Mensch vom Wandel unberührt.

Wie soll sich dieser Wandel vollziehen? Wie soll die Zukunft aussehen? Das sind Schicksalsfragen für uns alle.

Die Antwort gibt die Politik. Die Politik auf allen Ebenen, vor allem aber die Landespolitik. Sie muß das vielfältige Leben und Wirken in Gemeinden, Kreisen und Städten in der größeren Gemeinschaft vereinen; sie muß den Ausgleich zwischen Stadt und Land schaffen; sie muß das Gefälle zwischen industriellen Ballungsräumen, agrarischen Entwicklungsgebieten und Grenzzonen vermindern; sie muß das ganze Land als eine lebendige Einheit sehen, die nur gedeihen kann, wenn alle seine Teile ihre Funktion erfüllen können.

Eine vorausschauende, weltoffene, mutige und fortschrittliche Landespolitik muß aus dem Umbruch dieser Zeit heraus das neue, das moderne Bayern schaffen. Um diese Politik geht es am 20. November 1966.

Die Sozialdemokratie ist die älteste bayerische Partei. Seit 100 Jahren ist sie in diesem Land das Gewissen der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Freiheit. Seit 1893 ist sie im Landtag vertreten. Unermüdlich hat sie mit demokratischen Mitteln für soziale Reformen, für eine friedliche Entwicklung und für „mehr Gerechtigkeit“ gestritten. Durch ihr Wirken, auch aus der parlamentarischen Opposition heraus, hat sie das soziale und politische Gesicht des Landes wesentlich mitgestaltet.

Die bayerischen Sozialdemokraten stehen nicht allein. Sie sind Teil der großen deutschen Sozialdemokratie, auf deren volle Unterstützung sie stets rechnen können. Im Ringen um die soziale Neuordnung der Bundesrepublik, im Kampf um die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und in der mühevollen Arbeit um Deutschlands Stellung in einer europäischen Gemeinschaft, ist die Sozialdemokratie eine geschlossene Kraft. Das Schicksal Deutschlands ist auch das Schicksal Bayerns.

Wir Sozialdemokraten wollen das moderne Bayern der Zukunft schaffen und das Beste aus Bayerns Vergangenheit bewahren. Wir fühlen uns keiner Gruppe oder Schicht, keiner Klasse oder Weltanschauung ausschließlich verpflichtet. Wo es Starke gibt, werden wir immer für das Recht des Schwächeren eintreten. Wir wissen: in einer Demokratie können Interessenkonflikte sachlich ausgetragen werden. Dabei muß aber das Maß der Gerechtigkeit gelten. Aus diesem Geiste formt die Sozialdemokratie ihre Politik und setzt folgende Schwerpunkte ihres Programms:

I.

Landesplanung und Raumordnung sind die modernen Methoden der Landespolitik, die Investitionen der Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke neben den Investitionen des Bundes und des Landes sind die wirksamsten Mittel zu ihrer Verwirklichung. Sie machen es möglich, das ganze Land ausgeglichen zu entwickeln, die Landgebiete zu fördern und die Ballungsräume gesund zu erhalten. Arbeit, Wohnung, Kultur, Schule, Verkehr, Versorgung, alles muß im Zusammenhang gesehen, vernünftig zueinander geordnet und entwickelt werden.

Wir fordern daher die Einteilung Bayerns in Entwicklungsregionen, die Erstellung von regionalen Entwicklungsplänen durch kommunale Planungsgemeinschaften, die Erstellung eines Landesentwicklungsprogramms mit Zustimmung des Bayerischen Landtags und eine gesetzliche Regelung der Raumordnung in Bayern. Das Landesentwicklungsprogramm muß umfassend sein und differenzierend zugleich. Umfassend, weil es eine Vorstellung von der Gesamtentwicklung des Landes geben muß; differenzierend, weil es auf bestimmten Gebieten sehr detaillierte Angaben über Maßnahmen und ihren finanziellen Aufwand auszuweisen hat. Eine langfristige Haushaltsplanung ist für die Landesentwicklung ebenso erforderlich, wie die Neuordnung der Finanzverfassung und ein neues Bodenrecht des Bundes. Das Landes-

entwicklungsprogramm muß flexibel angelegt sein und die langfristige Konzeption der Entwicklung des Landes darstellen. Es ist die große Orientierungsmarke der Landespolitik.

Wir fordern weiter die finanzielle Stärkung der Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Auszehrung ihrer Finanzkraft muß ein Ende gemacht werden. Bayern muß zu diesem Zweck im Bundesrat die Initiative ergreifen und dahin wirken, daß ab 1. Januar 1967 der Anteil der Kommunen am zweckgebundenen Aufkommen der Mineralölsteuer auf 15% erhöht und den Kommunen ein Anteil am Einkommens- und Körperschaftssteuerverbund eingeräumt wird. Das Land muß auch selbst seine finanziellen Leistungen für die Gemeinden steigern. Die schleichende Verstaatlichung kommunaler Aufgaben, so etwa die fortschreitende Verstaatlichung der Polizei und der Schulen, ist kein Beitrag zur Behebung der kommunalen Finanznot. Nur starke Städte und Gemeinden **aber** können aus dem Papier der Pläne neue Straßen und Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser, Versorgungsanlagen und alle die Einrichtungen entstehen lassen, die unser Land braucht, um die Produktivität seiner Wirtschaft zu steigern und die Lebensverhältnisse seiner Bürger zu verbessern.

Seit 15 Jahren strebt die SPD nach einer wirksamen Landesentwicklung. Die CSU ist immer nur mit halbem Herzen gefolgt. Ihre ständige Verzögerungspolitik bringt schwere Versäumnisse und Zeitverlust mit sich. Die SPD hat z. B. bereits im Januar 1965 dem Landtag den Entwurf eines neuen Gesetzes über Raumordnung und Landesplanung vorgelegt. Die CSU hat 1½ Jahre lang die Beratung dieses Gesetzes mit ihrer Mehrheit verhindert. **aber** sie selbst war trotz des ganzen Regierungsapparates in 4 Jahren nicht fähig, dem Landtag einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen. Das Versagen der CSU auf dem wichtigsten Gebiet der Landespolitik ist erwiesen und allen offenbar.

III.

Wirtschaftspolitik und Landesentwicklung bedingen einander. Von jeher war es unser Ziel, den allgemeinen Wohlstand zu mehren und das Volkseinkommen gerechter zu verteilen.

Wesentliche Gebiete der Wirtschaftspolitik sind Aufgaben des Bundes. Dennoch bleibt dem Lande Bayern ein weiter Raum zu eigenem Handeln und eigener Verantwortung. Das gilt besonders für die wirtschaftliche Strukturpolitik. Landesentwicklung heißt weitschauende Wirtschaftspolitik. Dazu gehört ein Strukturprogramm, das die Dynamik des europäischen Marktes und den verstärkten Wettbewerb berücksichtigt. Ein mehrjähriger Investitions- und Finanzierungsplan muß realistisch auf die finanziellen Möglichkeiten des Landes abgestellt sein. Die Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und Gemeinden im Sinne des „Wirtschaftsgutachtens“ ist dabei unerlässlich. In den Rahmen dieses Programms gehören: gute Standortbedingungen für Industrieansiedlung, die Entwicklung des Gesamtverkehrs unter Berücksichtigung der Grenz- und Aufbauggebiete, die Energieversorgung zu wirtschaftlich tragbaren Preisen, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Wohnungsbau in der Nähe der Arbeitsstätten, Fremdenverkehrsentwicklung, Lärmbekämpfung, Reinhaltung von Luft und Wasser, sinnvolle Förderung der mittelständischen Wirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zur Großwirtschaft.

Unsere politische Sorge gehört vor allem dem Grenzland. Unsere Politik muß im Rahmen der Landesplanung insbesondere die Standortnachteile der Grenzlandindustrie ausgleichen. Das ist nur durch gezielte politische Maßnahmen im Rahmen der Gesamtpolitik möglich.

Die CSU hat sich bisher um die Lösung der Probleme herumgedrückt. Ein umfassendes Programm ihrer Politik, wie es z. B. das sozialdemokratisch regierte Hessen mit seinem „Großen Hessenplan“ 1965 überzeugend vorgelegt hat, ist sie uns schuldig geblieben.

Bayern ist das größte Agrarland der Bundesrepublik. Die tiefgreifenden Wandlungen, denen die Landwirtschaft unterworfen ist, die Marktferne des Landes, die ungünstige Besitzgrößenstruktur und die vielfach schlechten Boden- und Klimalagen, besonders im Bayerischen Wald, in den Mittelgebirgslagen und im Voralpengebiet, zwingen zu einer weit vorausschauenden, realistischen Agrar- und Strukturpolitik, die nur in engster Verbindung mit der Landesentwicklung möglich ist. Wir brauchen ein Mehrjahresprogramm für strukturelle Maßnahmen in der Landwirtschaft, das kostspielige Fehlinvestitionen ausschließt. Wir brauchen eine Neuorientierung des landwirtschaftlichen Marktwesens, den Ausbau der horizontalen und vertikalen Verbundwirtschaft und die Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher. Wir brauchen eine raschere Flurbereinigung, Dorf- und Althofsanierung, Reform der Landschulen und der landwirtschaftlichen Berufsschulen, ein besseres Beratungswesen und nicht zuletzt den Ausbau der Sozial- und Altersversorgung.

Seit Jahren fordert die SPD einen EWG-Anpassungsplan und ein Mehrjahresprogramm für unsere Landwirtschaft. Die CSU war bisher unfähig, diese Aufgabe zu erfüllen. Sie konnte die Voraussetzung nicht schaffen, daß „in Bayern Bauer bleiben kann, wer Bauer bleiben will“. Wir wollen, daß man dem Volk die Wahrheit sagt, daß für unsere Bauern die Zukunft durchschaubarer gemacht wird. Wir müssen uns alle dafür verantwortlich fühlen, den Umschichtungsprozeß in unserer Landwirtschaft zum Wohle der Entwicklung ganz Bayerns und ohne sozialen Härten zu vollziehen. Wir Sozialdemokraten haben im Landtag und auch draußen in den Dörfern offen gesprochen, wir haben recht behalten und darum werden wir auch zunehmend das Vertrauen der Menschen auf dem Lande gewinnen.

IV.

Die Entwicklung unseres Landes soll im letzten dem Wohl jedes einzelnen Menschen und damit der Gerechtigkeit dienen. Dazu bedarf es im besonderen einer fortschrittlichen Sozialpolitik. Sozialpolitik ist nicht bloße Fürsorge, Kranken- und Altershilfe. Auch sie ist vorausschauende, auf das Ganze gerichtete Gesellschaftspolitik. Wir wollen, daß ihr in der Gesamtpolitik mehr Gewicht gegeben wird. Das Gesundheitswesen, die Sozialhilfe, die Kriegsopferfürsorge, der soziale Wohnungsbau usw. müssen aus einem geschlossenen sozialpolitischen Konzept erwachsen.

Drängende Aufgaben sind: die bessere Zusammenarbeit von Wissenschaft und praktischer Sozialpolitik; der Ausbau von Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin; Ausbau der Erforschung, Früherkennung und Ermittlung der Volkskrankheiten (Herz-, Kreislauf- und Krebserkrankungen); Krankenhausplanung und deren Finanzierung; mehr Pflegepersonal; Weiterführung des sozialen Wohnungsbaus; verstärkte Altenhilfe; mehr Altenpflegeheime. Wir brauchen bis 1972 30 000 Plätze in Altersheimen und 6000 in Pflegeheimen. Wir brauchen 20 000 Altenwohnungen. Mehr Altenklubs sind erforderlich. Altenpflegerinnen müssen gewonnen werden

Wir haben zu diesen Forderungen ins einzelne gehende Vorschläge gemacht. Die CSU hat einige der Initiativen der SPD aufgegriffen. Entscheidende Ansätze jedoch, wie z. B. den Krankenhausplan, hat sie bis heute nicht entwickelt, ja bisher nicht einmal dem Landtag vorgelegt.

Neben dem Alter steht die Generation von morgen. Ihr gilt die Sozialpolitik im besonderen. Die Förderung des Sports, des Sportunterrichts an den Schulen, der Ausbildung von Sportlehrern, der Übungsstätten, des Breitensports, der Jugendverbände und der Freizeitgestaltung; Verbesserung des Landessportplans und des Landesjugendplans — weit ist das Feld der Aufgaben

und groß sind die Hindernisse, denn alles kostet Geld, viel Geld. Gerade darum brauchen wir auch beim Sport den langfristigen Investitionsplan. Das wissen wir Sozialdemokraten nur zu gut. Aber wir sind nie müde geworden. Die Olympischen Spiele in München, in Bayern und in Deutschland sind uns Hoffnung und Ansporn zugleich, die Entwicklung des Sports gerade in Bayern voranzubringen.

V.

„Unser Fortschritt als Nation kann nicht schneller sein als unser Fortschritt auf dem Gebiet der Bildung.“ Dieses Wort Kennedys gilt auch für uns. Der Geist des modernen Bayern, seine freiheitlich-demokratische Lebensform, wird in unseren Schul- und Hörsälen bestimmt. Das haben die bayerischen Sozialdemokraten schon vor 20 Jahren gesagt und danach auch gehandelt. Lehrerbildung, Lehrermangel, Schulreform, Förderung der Wissenschaften, Ausbau der Universitäten und technischen Lehranstalten, Zweiter Bildungsweg, politische Bildung, Erwachsenenbildung, Berufsschulreform, Mittelpunktschulen auf dem Lande, Ausbau der Volksschule, christliche Gemeinschaftsschulen: alles Themen sozialdemokratischer Initiativen in den letzten Jahrzehnten.

Unter dem Druck der Zeit mußte auch die CSU ihre starre Haltung auf einzelnen Gebieten aufgeben. Wir Sozialdemokraten begrüßen jede Kraft, die Wissenschaft und Bildung fördert. Wir haben immer erklärt, daß nur durch die Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien die Bildungsgesellschaft geschaffen werden kann. Wir müssen aber zugleich feststellen, daß die CSU weit hinter ihrem Anspruch zurückbleibt, Trägerin einer Bildungsoffensive zu sein. Ihre Offensive ist in den Anfängen steckengeblieben. Hinter dem Wagen der Zeit schleppend einherzulaufen ist keine Offensive. Trotz ihrer Ankündigung hat die CSU ihr nicht ausgereiftes Volksschulgesetz erst am Ende dieser Legislaturperiode dem Landtag vorgelegt.

Die SPD hat ihre Vorstellungen über eine moderne Schulorganisation klar zum Ausdruck gebracht. Schon vor 1½ Jahren hat sie ihren Entwurf zu einem neuen Schulorganisationsgesetz dem Landtag vorgelegt. Nur langsam und mit halben Schritten folgt die CSU dem Zwang, der Gemeinschaftsschule den Weg zu öffnen.

Wir wissen: große Wandlungen stehen bevor. Das Gespräch mit den Kirchen öffnet neue Möglichkeiten, und die moderne Schule wird auch in Bayern geschaffen werden. Mit Genugtuung blickt die Sozialdemokratie auf eine Entwicklung, für die sie seit Jahrzehnten gekämpft und der sie so starke Impulse gegeben hat. Wären die Sozialdemokraten im bayerischen Parlament stärker gewesen und hätten sie entscheidenden Einfluß auf die Regierung auszuüben vermocht, Bayern wäre weiter voran auf dem Wege zur großen Reform.

VI.

Aber Reform ist nicht nur das große Wort für die Bildungspolitik. „Reform“ steht über unserer ganzen Demokratie. Auch die Demokratie muß neue, lebendigere Formen finden, wenn sie in unserer Industriegesellschaft funktionieren soll. Demokratische Institutionen müssen neuen Bedingungen der Umwelt angepaßt werden. Besonders die Methoden des Regierens, des Verwaltens und die Arbeitstechnik des Parlaments müssen neu durchdacht werden.

Die SPD wird sich wie bisher für eine Reform und für die Rationalisierung unserer Verwaltung einsetzen. Die bereits 1956 vom Kabinett Dr. Hoegner angestrebte Verwaltungsreform muß endlich durchgeführt werden.

Die Opposition, die in der Demokratie die eigentliche Wächterin der Freiheit ist, muß gegenüber dem Regierungsapparat gestärkt werden. Dem Bürger muß durch öffentliche Beratungsstellen geholfen werden, sich in dem verwirrenden Gefüge von Behörden, Ämtern und Gesetzen zurecht zu finden und

sein Recht zu fordern. Die Demokratisierung der Gesellschaft, die Mobilisierung der Demokratie ist unsere immerwährende Aufgabe. Die bayerischen Sozialdemokraten suchen das offene Gespräch mit allen gesellschaftlichen Kräften.

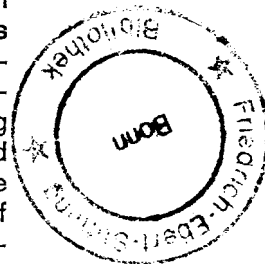
VII.

Bayern nimmt heute — wesentlich durch die Politik der Sozialdemokraten gefördert — einen festen Platz im Rahmen der föderativen Ordnung unserer Bundesrepublik ein. Das föderative System durchlebt zur Zeit seine große Bewährungsprobe. Die deutschen Länder und der Bund und alle politischen Parteien stehen gemeinsam vor der Aufgabe, den Föderalismus den Bedingungen einer modernen Industriegesellschaft anzugleichen und ihn funktionsfähig zu erhalten.

Der Dreiklang von Bund, Ländern und Gemeinden, die große Finanzreform, die Koordinierung der Kultur- und Wissenschaftspolitik, die Raumordnung, die Gemeinschaftsaufgaben, die Bund, Länder und Gemeinden nur in Zusammenarbeit lösen können, dies alles wird zum Prüfstein eines neuen, der Zukunft zugewandten Föderalismus. In dem Bemühen um die Weiterentwicklung unserer föderativen Ordnung kommt einem Land mit der kulturellen und geschichtlichen Bedeutung Bayerns eine besondere Verantwortung zu. Bayern darf sich nicht damit begnügen, den Zentralismus abzulehnen. Es muß allen voran konstruktive Pläne unterbreiten, wie die Krise des Föderalismus überwunden werden kann und wie die Länder die ihnen zukommende Eigenverantwortung als Dienst am Ganzen zu erfüllen vermögen.

VIII.

Die besondere geographische Lage Bayerns bedingt auch seine gesamtdeutsche und europäische Aufgabe. Zum Ausbau des Handels, zur Verbesserung des Reiseverkehrs und zum Bau der natürlichen Verbindungswege zwischen Ost und West muß die bayerische Politik neue Initiativen ent-



wickeln. So muß z. B. auch die Baustrecke Nürnberg — Regensburg des Rhein-Main-Donau-Kanals kurzfristig begonnen werden. Die große Wasserstraße von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer eröffnet neue Wege nach Osteuropa. Bayern darf bei diesem Projekt nicht allein gelassen werden.

Auch hier hat die CSU, trotz ihrer starken Stellung in der Bundesregierung, das zu Erwartende nicht erreicht.

Nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen mit Osteuropa, auch die große geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, in die die Demokraten gestellt sind, erfordert eine ausgeprägte Haltung. Wir sind gegen einen plump-primitiven Antikommunismus, der die Wirklichkeit nicht zu sehen vermag, aber wir sind für eine Konfrontation der sozialen Demokratie mit der kommunistischen Form totalitärer Herrschaft. Zwei Voraussetzungen müssen erfüllt werden: wir müssen den moralischen Gehalt unserer demokratischen Ordnung und ihre Leistung über den Eisernen Vorhang hinweg wirken lassen, wir müssen das demokratische Bewußtsein in unserem Volk überzeugend festigen. Um dies erreichen zu können, müssen folgende Bedingungen erfüllt werden: Förderung der politischen Bildung und Festigung der demokratischen Lebensform durch persönliches Beispiel. Die Demokratie muß zu einer geistig offensiven Kraft werden, die auf der besseren Einsicht in die Wirklichkeit der Welt und in die Natur des Menschen beruht.

IX.

Bayerns Zukunft kann nur im Rahmen der ganzen Bundesrepublik gestaltet werden. Daher ist erfolgreiche Politik in Bayern nur möglich, wenn der Geist des Fortschritts auch in Bonn regiert.

Aber die Wirtschaftspolitik in Bonn ist ohne Führung. Kanzler Erhard hat eine vernünftige Politik nur gepredigt, aber er hat sie nicht durchgesetzt. Die Bonner Regierung hat es nicht verhindert, daß der Kapital-

markt ruiniert ist. Sie war außerstande, den Preisanstieg zu verlangsamen, und sie hat nichts getan, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf den Weltmärkten zu erhalten.

Die Inflation schleicht durch das Land. Das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik ist derzeit geringer als in fast allen Industrieländern. Seit 1950 hat die D-Mark die Hälfte ihrer Kaufkraft eingebüßt. Die Politik der Bundesregierung zur Sicherung unserer Währung und zur Erhaltung der Kaufkraft hat kläglich Schiffbruch erlitten. Erhards einziges Mittel ist: Er beschuldigt alle, nur nicht sich und seine Politik. Aber die Deutschen wissen es nun und die Wahlen in Nordrhein-Westfalen haben es bewiesen: Ludwig Erhard, die Wahllokomotive der CSU, qualmt zwar noch immer, aber sie zieht nicht mehr — auch nicht in Bayern.

Wir brauchen eine Änderung der Politik in Bonn, wenn wir in Bayern vorwärts kommen wollen. Die CSU trägt ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung für die großen Versäumnisse der Bundespolitik.

Diese ihre Verantwortlichkeit werden wir vor dem bayerischen Volk klarstellen.

* * *

So formt die bayerische Sozialdemokratie ein geschlossenes Programm politischer Zielsetzungen. Sie sieht bayerische Politik im Zusammenhang, in der engen Verflechtung aller Bereiche, in der großen Einheit. Kein Teil kann einzeln betrachtet werden, alles ist voneinander abhängig, alles muß auf das Ganze der Politik bezogen werden. Die Sozialdemokratie handelt in diesem Geiste. Sie ist frei von Dogmen und Vorurteilen, offen für die Welt von morgen. Sie ist die große moderne Volkspartei!

Die Sozialdemokratische Partei schließt Frauen und Männer ein, die aus tiefer Überzeugung im Geiste dieser Politik wirken. Sie hat die Kraft, die Entschlossenheit und die politische Erfahrung, den Geist und Inhalt dieses Programms in die Wirklichkeit eines modernen Bayerns umzusetzen. Sie braucht deshalb mehr Gewicht im Bayeri-

schen Landtag und mehr Einfluß auf die Entscheidungen in der Landespolitik. Sie braucht das Vertrauen aller Menschen, die Bayern lieben und die seinen freiheitlichen und sozialen Fortschritt wünschen.

Der große Erfolg der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen ist ein Zeichen für den Umbruch in der deutschen Politik. In allen Ländern der Bundesrepublik wird der Zug der Zeit vom Wähler richtig verstanden.

Das Vertrauen zur SPD wächst auch in Bayern ständig. Sie hat es erworben, weil sie gezeigt hat, daß sie im Geiste ihres Programms auch praktisch handelt. Die SPD ist stark in der Kommunalpolitik. Von drei Wählern der Landeshauptstadt haben anlässlich der letzten Kommunalwahl zwei für die Sozialdemokraten gestimmt; in Nürnberg, Augsburg, Hof, Regensburg war es über die Hälfte der Wähler. Warum? Weil diese Wähler alle Sozialdemokraten geworden sind? Nein!

Sie haben für die SPD gestimmt, weil sie erlebt und gesehen haben, daß sie praktiziert, was sie sagt, daß sie es ernst meint mit ihrer Politik für „mehr Gerechtigkeit“.

ernst meint mit dem „modernen Bayern“. Auch draußen auf dem Land gewinnt sie ständig an Vertrauen. Vilshofen, Straubing, Vilsbiburg, Memmingen, Ingolstadt: die Bevölkerung hat hier mit Mehrheit Sozialdemokraten gewählt.

Was die Wähler im Rheinland und in Hessen, in München und Vilshofen als richtig erkannt haben, das will die Sozialdemokratie dem ganzen bayerischen Volk nahebringen. Auch die Kirchen wissen, daß sie es mit der Freiheit des Geistes und des Glaubens, mit dem Streben nach Toleranz und Gerechtigkeit ernst nimmt.

Die CSU ist nicht unser Feind. Die Sozialdemokratie ist ihr politischer Gegner, weil sie überzeugt ist, daß Politik aus einem anderem Geist gemacht werden muß.

Konservative Haltung, Politik der halben Schritte, Zögern und Zaudern taugen nicht für unsere Tage, wo entschlossen in die Zukunft hineingedacht und gehandelt werden muß.

Bayern braucht mehr Sozialdemokraten im Landtag und in den Bezirkstagen.

Bibliothek der FES



1116566

Die Sozialdemokratische Partei ist die Zukunft!

Herausgeber: SPD-Landesverband Bayern - Verantwortlich: Heinz Göhler, München 2, Oberanger 38/V
Druck: Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei GmbH., Nürnberg, Karl-Bröger-Straße 9